
Sabine Jeroschewski,
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr

Sabine Jeroschewski, geb. 1955, absolvierte nach dem Realschulabschluß eine Beamtenausbildung bei der Stadtverwaltung Hannover. Seit 1973/74 arbeitete sie in der Jugendvertretung und in der ÖTV-Jugendarbeit mit. Sie ist heute Sachbearbeiterin bei der Stadt Hannover, arbeitet im Personalrat, im Vertrauensleuterkörper und im Kreisfrauenausschuß mit und ist zweite stellvertretende Vorsitzende im ÖTV-Kreisvorstand Hannover.

Frage: Das ist Dein erster Kongreß. Mit welcher Erwartung bist Du eigentlich hierhergekommen?

Antwort: Das ist ein bißchen schwierig zu sagen. All die Dinge, die vorher um die „Neue Heimat“ gelaufen sind, die Presseveröffentlichungen, waren schon ein Thema, das die Kollegen in allen Bereichen beschäftigt hat. Einige haben auch erwartet, daß auf dem Kongreß Konsequenzen gezogen würden. Das war ein Punkt, wo ich die Erwartungen hatte, daß klare Aussagen getroffen würden. Zum anderen berühren uns konkret natürlich betriebliche Fragen. Was tun wir gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Stellenstreichungen, gegen Arbeitsintensivierung. Im öffentlichen Dienst haben wir ja auch das Problem, daß in allen Bereichen rationalisiert wird und Stellen gestrichen werden. Da sollte prinzipiell ein Weg vorgegeben werden, damit vom DGB und von den Einzelgewerkschaften gemeinsam und offensiver als bisher dagegen vorgegangen werden kann.

Welches waren für Dich die wichtigsten Antragsbereiche?

Frieden und Abrüstung einerseits, andererseits die Punkte, die ich eben nannte: Rationalisierungsfragen, Entwicklung einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie.

Sind Deine Erwartungen erfüllt worden oder bist Du enttäuscht?

Zu Frieden und Abrüstung ist ja nach längerer Diskussion ein Kompromiß gefunden worden, der zumindest besagt, daß die neue Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und in der Bundesrepublik abgelehnt wird. Es ist freigelassen worden, darüber weitergehende Diskussionen in den Einzelgewerkschaften zu führen. Das halte ich für eine akzeptable Lösung. Ich meine, daß der DGB sich insgesamt offener verhalten muß gegenüber der Friedensbewegung, eindeutiger Stellung nehmen müßte, selbst offensiver werden und zu einer Kraft innerhalb der Friedensbewegung werden müßte.

Noch einmal zurück zum Thema „Neue Heimat“: Findest Du das, was darüber hier gesagt und diskutiert wurde, wichtig und informativ, z. B. für die Information Deiner Kollegen zu Hause?

Die Kollegen werden das nicht so ganz verstehen, was hier abgelaufen ist. Die Kollegen haben da eigentlich wesentlich radikalere Forderungen gestellt. Aber in den Diskussionsbeiträgen hier in Berlin ist zumindest deutlich geworden, daß die Forderung gestellt wird, daß alle Vorgänge um die „Neue Heimat“ lückenlos aufgeklärt werden, und daß die Kollegen dann auch informiert werden. Ich hoffe, daß das geschieht, denn die Kollegen wollen Klarheit darüber haben. Wenn z. B. weitere personelle Konsequenzen notwendig sein sollten, dann sollten sie gezogen werden. Es müßte auch eine Diskussion geführt wer-

INTERVIEWS

den über die Struktur und die Aufgabenstellung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Dies muß — mit allen Konsequenzen — diskutierbar sein.

Bei Euch wurde das Thema „Neue Heimat“ offensichtlich - im Gegensatz zu anderen Bereichen - stark diskutiert. Wurde diese Diskussion vornehmlich von den Jüngeren bestritten?

Ja, das war tatsächlich eine breite Diskussion, an der sich Alte wie Junge intensiv beteiligt haben.

Du stehst ja noch - sozusagen - mit einem Bein bei den Jugendlichen. Wie ist da die Stimmung jetzt bei den Jugendlichen, was den DGB und die Gewerkschaften betrifft?

Es gibt da eine ganze Reihe von Jugendgruppen, die aktiv innerhalb des DGB und der Einzelgewerkschaften arbeiten und die auch betrieblich arbeiten. Das Problem ist nur, daß immer wieder Schwierigkeiten auftauchen, wenn sich Jugendliche - wie z. B. zum 10. Oktober 1981 — über die betriebliche Ebene hinaus engagieren wollen. Aber gerade dadurch wird doch Leben in die Gewerkschaftsarbeit gebracht, daß auch weitergehende Forderungen formuliert werden können. Ich denke, daß der DGB und die Gewerkschaften stark genug sind, unterschiedliche Positionen zu diskutieren, auszutragen und mit ihnen zu leben.

Hast Du das Gefühl, daß man mit Anträgen, die hier behandelt worden sind, stärker auf die Jugend zugeht?

Diesen Eindruck habe ich nicht. Insbesondere in der Frage der Energiepolitik, bei dem Problem Kernenergie, hat es gegen den Leitantrag nur ein paar vereinzelte Stimmen gegeben, und es hat dazu auch keinerlei Diskussion stattgefunden. Das fand ich nicht so gut.

Zum Engagement der Jugendlichen gibt es ja unterschiedliche Einschätzungen. Manche sagen, im Grunde ist die Mehrheit der Jugendlichen indifferent, uninteressiert bis apathisch. Es sei gar nicht so, daß sich der größte Teil der Jugend in der Friedensbewegung, der Anti-Kernkraft-Bewegung engagiere. Kannst Du aufgrund Deiner betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrung eine solche Aussage bestätigen?

Das ist unterschiedlich. Apathisch würde ich auf keinen Fall sagen. Es gibt eine Verunsicherung der Jugendlichen. Bei den Auszubildenden in unserem Bereich gibt es z. B. eine Verunsicherung darüber, inwiefern man überhaupt noch

eigene Interessen vertreten kann. Die Auszubildenden sind froh, einen Ausbildungsplatz gefunden zu haben und versuchen, einen möglichst guten Abschluß zu bringen, damit sie anschließend auch einen Arbeitsplatz bekommen. Da bedarf es eben eines Anstoßes, und dann ist es gut, wenn es aktive Jugendgruppen gibt, die die neuen Auszubildenden im Betrieb ansprechen, die Möglichkeiten und Wege aufzeigen, die über unsere gewerkschaftliche Zielsetzung aufklären. Dann schöpfen viele Kolleginnen und Kollegen erst Mut, ihre Interessen am Arbeitsplatz und eventuell auch darüberhinausgehende Interessen zu vertreten.

Du meinst also, daß für die gewerkschaftliche Organisierung von Jugendlichen durchaus gute Chancen bestehen?

Ja, aber viele halten eben nicht lange durch, wenn sie, nachdem sie im Betrieb über die Jugendgruppe oder die Jugendvertretung angesprochen sind und innerhalb der Gewerkschaften mitarbeiten wollen, sich sozusagen durch bürokratische Beschlußfassungen gehindert fühlen und Schwierigkeiten haben, dagegen anzugehen und ihre Interessen nicht wirksam vertreten sehen; wenn sie auch innerhalb der Gewerkschaft in Schwierigkeiten kommen und nicht nur beim Arbeitgeber. Dann machen viele eben nicht mehr mit.

Welche Probleme stellen sich Dir als Frau bei einem solchen Kongreß. Gibt es für die Frauenarbeit positive Ansätze in den Anträgen und in der Diskussion?

Nicht nur auf diesem Kongreß ist es ein Problem, sondern innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien allgemein sind die Frauen überall unterrepräsentiert. Von daher habe ich persönlich tagtäglich damit zu tun, mich mit einer Mehrheit von Männern auseinandersetzen zu müssen. Deshalb ist das hier für mich also nichts Besonderes.

Nun zu den Anträgen zu „Frauenproblemen“. Es gibt einen Antragskomplex z. B. Teilzeitarbeit. Das ist ein Problem, das uns in der Kreisverwaltung sehr stark beschäftigt, weil bei uns in Niedersachsen das Job-sharing-Modell eingeführt werden soll. Die Ministerin Birgit Breuel propagiert das z. B. für ihren Schreibdienst. Man hört ja zur Zeit, daß das ein Weg sei, Frauenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir haben dagegen die klare Position, daß dies kein Weg sein kann. Was ich gut fand in den Anträgen, im Leitantrag - ich hoffe, daß er auch so verabschiedet wird -, war der Aspekt, daß die bestehenden Teilzeitarbeitsverhältnisse bei der Diskussion nicht vergessen werden, sondern daß auch da konkrete Forderungen zur tarifvertraglichen Absicherung getroffen werden.

Es steht fest, daß Frauen in den meisten gewerkschaftlichen Gremien unterrepräsentiert sind. Hältst Du etwas von einer gezielten Personalförderung für Frauen oder sogar von einer Quotenregelung?

Von einer Quotenregelung halte ich nichts. Ich finde es notwendig, daß mehr Kolleginnen ermutigt werden, aktiv Gewerkschaftsarbeit zu machen und auch Funktionen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit zu übernehmen. Aber ich halte nichts davon „Alibifrauen“ irgendwohin zu setzen. Ich habe nicht den Eindruck, daß das hier beim Kongreß so ist, weil gerade die Kolleginnen sich zum Thema „Bildschirmarbeitsplätze“ oder zu anderen Fragen sehr engagiert geäußert haben und damit auch die Beschlußfassung des Kongresses beeinflußt haben.

Ich finde es gut, daß der Anteil der weiblichen Delegierten bei diesem DGB-Kongreß gesteigert werden konnte.

Insgesamt ist der Anteil der Frauen in den gewerkschaftlichen Gremien und auf Konferenzen aber wohl durchaus noch steigerungsbedürftig und steigerungsfähig.

Eine Frage zu den personellen Entscheidungen, die hier getroffen worden sind: Wie schätzt Du sie ein?

Die gewählten Personen sind mir als Mitglied der Kreisverwaltung einer Einzelgewerkschaft natürlich persönlich nicht bekannt. Ich weiß auch nicht viel über ihren bisherigen gewerkschaftlichen Werdegang. Es gab ja eine ganze Reihe von Diskussionen um die Kandidaturen von Ilse Brusis und von Alois Pfeiffer. Das hat sich dann auch im Stimmenergebnis niedergeschlagen. Ich will hier nicht beurteilen, ob das ausreichend ist. Ersteinmal ist das der neue Vorstand.

Zum Abschluß möchte ich noch eines sagen: Der Kongreß hat in allen Fragen bestehende DGB-Positionen noch einmal bekräftigt. Die Aufgabe sehe ich nun darin, sie offensiv umzusetzen - gegen den Tabukatalog der Arbeitgeber gemeinsam vorzugehen, verstärkt zwischen den Einzelgewerkschaften zu koordinieren, wie man z. B. in Richtung Arbeitszeitverkürzung wirksam etwas erreichen kann, dabei auch gemeinsame Absprachen zu treffen und sie solidarisch durchzusetzen. Wenn wir uns dagegen nicht fester zusammenschließen und offensiv vorgehen, werden wir kaum an diesem Tabukatalog rütteln können. Das, finde ich, ist eigentlich das Wesentliche dieses Kongresses: die Umsetzung seiner Ergebnisse.